

DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis

# Kurier

Ausgabe 1-2023

[www.die-linke-uh.de](http://www.die-linke-uh.de)

04.05.2023 - 18:30 Uhr - 3K Mühlhausen

## Klimaschutz und Denkmalschutz – unüberwindbare Gegensätze?

Podiumsdiskussion mit:



Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff  
(Thüringer Kulturreisende)



Laura Wahl  
(MdB, Bündnis'90/Die Grünen)



Dr. Johannes Bruns  
(OB Mühlhausen)

Infos & Anmeldung: [thueringengestalter.de/seminare](http://thueringengestalter.de/seminare)



## Denkmalschutz und Klimaschutz – unüberwindbare Gegensätze?

Der Mühlhäuser Stadtrat hat in seiner Sitzung im Dezember 2022 mehrheitlich die Prüfung der rechtlichen und denkmal-schutztechnischen Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gebäude in der Mühlhäuser Innenstadt und auf öffentlichen Gebäuden beschlossen. Unsere Stadt ist bekannt für die historische Altstadt mit vielen denkmalgeschützten Gebäuden. Sie sind ein wichtiger Anlaufpunkt für die Touris\*innen und die Stadtbevölkerung. Die Altstadtsatzung regelt die Möglichkeiten zur baulichen Anpassung an den Häusern. Die aktuelle Situation auf dem Energiemarkt zeigt, wie wichtig es ist, dass die Stadt autark wird und Energie auf dem erneuerbaren Weg produziert. Eine Energieproduktion auf Freiflächen über So-

laranlagen oder Windräder ist eine gute Möglichkeit, doch sie sorgt für eine Versiegelung von immer mehr Flächen. Mit Blick auf die Klimaziele sind die „alten“ Gebäude in der Innenstadt ein Potenzial, das noch nicht ausreichend genutzt wird. Viele Eigentümerinnen und Eigentümer von denkmalgeschützten Gebäuden haben ein Interesse, ihr Gebäude mit grünem Strom zu versorgen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder energetischen Gebäudesanierung zu unterstützen. Doch dabei läuft es nicht unbedingt konfliktfrei. Mit der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes hat die Bundesregierung festgelegt, dass die Errichtung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen im „überwiegenden öffentlichen Interesse“ liegt.

Welche Möglichkeiten ergeben sich daher für die Stadt Mühlhausen und das Land Thüringen? Was ist bisher möglich und was kann möglich gemacht werden? Sind Klimaschutz und Denkmalschutz unüberwindbare Gegensätze? Darüber möchten wir gerne mit euch und unseren Gästen am 4. Mai um 18.30 Uhr im 3K in Mühlhausen (Unter der Linde 7) Uhr ins Gespräch kommen. Auf dem Podium sitzen neben unserem Kulturminister und aktuellen Präsidenten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Benjamin Immanuel Hoff, Oberbürgermeister Dr. Johannes Bruns und die Landtagsabgeordnete Laura Wahl (Bündnis'90/Die Grünen).

*Steffen Thorman,  
Fraktionsvorsitzender Mühlhausen*

## Mit zukunftsfähigen Strukturen Schulschließungen verhindern

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 6. März für den Erhalt des Staatlichen Förderzentrums „An der Salza“ und des Seiler-Gymnasiums gestimmt. Damit werden diese Schulen im Unstrut-Hainich-Kreis nicht geschlossen. Die Mitglieder der Kreistagsfraktion haben sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht, da gleichzeitig der Haushalt des Landkreises nicht beschlossen werden konnte, was Auswirkungen auf unterschiedliche Ausgaben und Investitionen

hat. Es ist ein komplexes Thema, es gab zu spät zu wenige Informationen des Landkreises und es war zu wenig Zeit, um alle Argumente tiefgründig zu diskutieren. Erst durch eine Sondersitzung des Kreistages Mitte Februar bekamen die Kreistagsmitglieder Kenntnis von der geplanten Änderung der Schulnetzplanung. Letztlich war es eine politische Entscheidung. Nehmt gerne für weitere Informationen mit unseren Kreistagsmitgliedern Kontakt auf.

Der Kreisvorstand bedankt sich für das Engagement und alle Aktionen der Eltern, Schüler\*innen der von den geplanten Schließungen betroffenen Schulen. Wir fordern jetzt einen transparenten Prozess zur Schulnetzplanung und Schulentwicklung mit Eltern, Lehrer\*innen, Schüler\*innen und den Kreistagsmitgliedern für zukunftsfähige Schulstrukturen in unserem Landkreis.

*Cordula Eger,  
Kreisvorsitzende*

# Willkommenskultur statt Abschottung



Es ist ein erschreckendes Bild, das die Antworten der Bundesregierung auf die Quartalsanfragen der Linksfraktion im Bundestag zeichnen. Nach den vorläufigen Angaben ist die Zahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte 2022 um 73% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Damit ereignete sich im vergangenen Jahr an jedem dritten Tag mindestens ein Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft und an jedem Tag wurden mindestens drei Asylbewerber\*innen Opfer rassistischer Angriffe. Damit hat die Zahl der Angriffe das erste Mal seit 2015 wieder zugenommen. Als Grund dafür wird in der Antwort die ge-

stiegene Zahl von Geflüchteten genannt. Vor allem wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine suchten 2022 knapp 218.000 Personen Asyl in Deutschland, so viele wie zuletzt 2016. Und schon wird wieder gezündelt, sowohl verbal als auch ganz konkret. Geflüchtete werden in Angst und Schrecken versetzt, Rechte nutzen Debatten über Unterkünfte für ihre rassistischen Attacken und militante Rassist\*innen setzen Unterkünfte für Flüchtlinge in Brand. Die Szenen wecken dunkle Erinnerungen an die teils massiven Ausschreitungen gegen Geflüchtete 2015 und 2016 sowie Anfang der 1990er Jahre, als

sich das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen ereignete und rassistische Anschläge Tote forderten. Die Bundesregierungen aber versagten bei dem Schutzversprechen, reagierten auf große Fluchtbewegungen stets mit Verschärfungen des Asylrechts und bestätigten damit militante Rassist\*innen. Mit Stimmen der SPD wurde im Mai 1993 der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ im Gesetz durch so viele Zusätze ergänzt, dass sich künftig kaum ein Mensch darauf berufen konnte. Und als Menschen aus Syrien und Afghanistan ab 2015 in Deutschland Schutz suchten, reagierte die Bundesregierung mit massiven Asylrechtsverschärfungen, die zurecht auch als „Hau-ab-Gesetze“ bezeichnet werden. Mit diesem Wissen vor Augen braucht es aktuell keine kurzfristigen Lösungen, sondern nachhaltige Strategien, um allen Geflüchteten ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Dabei darf der Bund die Kommunen nicht allein lassen. Die Lösung heißt nicht noch mehr Abschottung, sondern massive Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Kitas und Schulen. Daran muss sich die aktuelle Regierung messen lassen. Denn das Problem ist nicht die Verteilung von Geflüchteten, sondern die Verteilung von Reichtum in Deutschland. Statt darüber zu diskutieren, ob Deutschland zu viele Geflüchtete aufnimmt, sollten wir über Steuern auf Übergewinne und große Vermögen reden.

*Martina Renner, MdB*

## Jeder Tag ein Frauentag

1910 rief Clara Zetkin am 8. März den internationalen Frauentag ins Leben, um für das allgemeine Frauenwahlrecht zu streiten. Und sie war erfolgreich: acht Jahre später folgte die Ausrufung des Wahlrechts auch für Frauen. Der 8. März jedoch hat auch heute seinen Sinn nicht verloren – egal, ob er internationaler Frauentag oder feministischer Kampftag genannt wird. Noch immer streiten wir Tag für Tag gegen Unterdrückung und für Feminismus, Frauenrechte und Gleichberechtigung – auf der Straße und in den Parlamenten. Dazu gehören auch unsere Anträge im Bundestag wie zur Chancengerechtigkeit durch Geschlechterparität oder zur Förderung der selbstständigen Existenzsicherung von Frauen. Denn noch 2022 erhielten Frauen im Schnitt 18 Prozent weniger Gehalt als Männer.



Doch auch die bisher erkämpften Errungenschaften sollten wir nicht vergessen und sie mal feiern – dafür ist auch der 8. März da. Und wenn Blumen allein die Zu-

stände gewiss nicht ändern werden, sind sie doch ein gutes Zeichen, um Frauen für ihre Arbeit „Danke“ zu sagen.

*Martina Renner, MdB*

# Kinoabend anstelle Frauentagsfeier



Ungleiche Bezahlung, geringere Aufstiegschancen in Wirtschaft und Politik, Doppelbelastungen durch Job und Familie: Auch 2023 gibt es noch immer keine Geschlechtergerechtigkeit. Der 8. März war ein wichtiger Tag, um darauf aufmerksam zu machen, was in der Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit schon erreicht wurde – und was leider noch nicht! Auf dem Weg zur Gleichberechtigung sind wir noch nicht am Ziel.

Frauen sind stärker durch Konflikte betroffen – dies zeigen uns die aktuellen Krisen!

Als Landtagsabgeordnete habe ich diesen Tag genutzt, um zu wichtigen frauenpolitischen Themen ins Gespräch zu kommen, aber auch um zu feiern und mit Frauen einen gemeinsamen Kinoabend zu verbringen. Ca. 70 Frauen sind meiner Einladung zum Sektempfang im Kino Burgtheater Bad Langensalza gefolgt. Im

Anschluss haben wir gemeinsam den besonderen Film am Mittwoch „She Said“ geschaut. Im Mittelpunkt des Films stehen zwei Journalistinnen, die alle Mittel ihres Berufs einsetzen, um den Frauen eine Stimme zu geben, denen Unrecht und Missbrauch widerfahren ist. Ein Film der unter die Haut geht, zum Nachdenken und Handeln anregt und weltweit die #meToo-Bewegung in Gang gesetzt hat.

*Cordula Eger, MdL*

# Unterwegs im Wahlkreis mit MdL Torsten Wolf



Im Februar 2023 war ich mit meinem Kollegen Torsten Wolf, MdL, bildungspolitischer Sprecher unserer Fraktion, unterwegs im Wahlkreis. Der Kindergarten „Spielhaus“ in Ballhausen ist eines von sechs Thüringer-Eltern-Kind-Zentren im Landkreis, welches mit Mitteln der regionalen Familienförderung des Landes niedrigschwellige Angebote für Eltern und Kinder bereithält. Vor Ort haben wir über aktuelle Themen und das PIA-Projekt (praxisorientierte Ausbildung von ErzieherInnen) sowie die damit verbundenen geplanten Änderungen im Kindergartengesetz diskutiert.

Im Anschluss haben wir die Wiebeckschule (Regelschule) in Bad Langensalza besucht und uns mit dem Lehrer\*innenkollegium ausgetauscht. Am Abend hatten wir zu einer Infoveranstaltung zu den geplanten Änderungen zum Schulgesetz eingeladen. Etlichen Eltern und LehrerInnen konnte Torsten Wolf die Regelungen vorstellen, Fragen beantworten und ein Feedback mit in die Anhörung und Debatte in den Landtag mitnehmen. Der Einblick in die Praxis war hervorragend und für uns eine Bereicherung.

*Cordula Eger, MdL*



# „Wir sind mitten im Veränderungsprozess“

**Ministerpräsident Bodo Ramelow im Interview über seinen Besuch in der chilenischen Ex- Colonia Dignidad und die ökologische und digitale Modernisierung. Das Interview führte Frank Wilhelm.**

**Kurier:** Als bisher höchstrangigster deutscher Politiker hast Du die Ex- Colonia Dignidad in Chile bereist. Bilaterale Gespräche zur Errichtung einer Gedenkstätte stocken. Konnten neue Akzente in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Chile und Opferverbänden gesetzt werden?

**Bodo Ramelow:** Die Reise war besonders wichtig. Ich plante sie, da mit Gabriel Boric ein junger linker Präsident gewählt wurde und in der verfassungsgebenden Versammlung ein Prozess läuft, dessen Ziel die Umgestaltung der Pinochet-Verfassung zu einer modernen Verfassung ist. Die dritte Dimension ist Energie, in Chile wird Lithium und Silizium abgebaut, deshalb hatte ich auch die Unternehmen K-UTECH und Schachtbau Nordhausen dabei. In Patagonien kann durch Windkraft speicher- und transportierbarer grüner Wasserstoff hergestellt werden, in der Atacama-Wüste gibt es neue Solarkraftwerke. Die vierte Dimension war der Besuch in der Colonia Dignidad, bei der mich der Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora Prof. J.C. Wagner begleitete. Er gehört als einer von vier Führenden dem Gremium an, dass das Thema Colonia Dignidad bearbeitet. Sein Verdienst ist, dass er alle Opferverbände an einen Tisch brachte, sowohl die chilenischen, deren Angehörige ermordet wurden, als auch Koloniebewohner, deren Eltern wegschauten oder duldeten, was geschah. Auch die Bewohner sind Opfer, weil Jungen vergewaltigt wurden und Frauen Demütigungen erdulden mussten. Das Ausmaß des Leids ist groß, die Erwartungshaltung Richtung Deutschland hoch. Der Bundestag hat Geld für die Aufarbeitung freigegeben. Mit der Bundesregierung bin ich in regem Austausch.



**Kurier:** Zur Antrittsrede als Bundesratspräsident sprichst Du von der Herkulesaufgabe in Bezug auf ökologische und digitale Modernisierung. Konnten Gräben zwischen den Ländern in Bezug auf den Stromtransport zu energieintensiven Regionen zugeschüttet werden?

**Bodo Ramelow:** Wir sind mitten im Veränderungsprozess. Mit Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens hätten wir bereits den Umbau in Angriff nehmen müssen. Ich beschrieb in der Antrittsrede, dass der Umbau Aufgabe der Gegenwart und nicht der Zukunft ist. Es stellt sich nicht die Frage, dieses Thema ideologisch zuzuschütten, wie es die CDU die ganze Zeit tat, sondern wie wir an jedem Industriestandort alles tun, um erneuerbare Energien in den Regionen zu mobilisieren. Das Thema Wasserstoff muss intensiv bearbeitet werden, in Thüringen bauten wir Forschungskapazitäten auf, so entstand das Forschungszentrum HySon in Sonneberg, das sich mit Wasserstofflagerung, Transport und Speicherung beschäftigt. Energiekrise, russischer Angriffskrieg und Waldsterben machen den Veränderungsprozess umso dringlicher, er wird durch die Landesregierung weiter massiv angeschoben.

## Termine

**28.03.2023, 17.00 Uhr:** Sitzung Kreisvorstand DIE LINKE (Kornmarkt 13, 99947 Bad Langensalza)

**05.04.2023, 09.00 - 11.30 Uhr:** Info-stand mit Ostereieraktion (Markt Bad Langensalza)

**06.04.2023, 09.30 Uhr:** Verteilung von Gründonnerstagsbrezeln (Steinweg Mühlhausen)

**18.04.2023, abends:** Treffen der kommunalen Mandatsträger\*innen, sachkundigen Bürger\*innen und allen, die gern 2024 für die LINKE kandidieren möchten (Kreistagsfraktion, Stadt- und Gemeinderäte Mühlhausen, Bad Langensalza, Bad Tennstedt, Herbsleben) (Kreisgeschäftsstelle, Hauptmannstraße 1A, Mühlhausen)

**01.05.2023:** Kundgebung zum 1. Mai (Untermarkt, Mühlhausen)

**04.05., 18.30 Uhr:** „Klimaschutz und Denkmalschutz - unüberwindbare Gegensätze?“ (3K- Kunst, Kultur, Kommunikation e.V., Unter der Linde 7, Mühlhausen)

**14.05.2023:** Aktion zum Grünen Innenstadtfest (Kornmarkt 13, Bad Langensalza)

**08.06.2023:** Veranstaltung zum Mafia Untersuchungsausschuss der Landtagsfraktion (Kornmarkt 13, Bad Langensalza)

**01.07.2023, 10.00 Uhr:** Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Unstrut-Hainich-Kreis. (Kreisgeschäftsstelle, Hauptmannstraße 1A, Mühlhausen)

**30.10.-1.11.2023:** Fahrt für Interessierte ins politische Berlin auf Einladung von Martina Renner. Infos und Anmeldung unter 03601/8865608.

**18.12.-20.12.2023:** Fahrt für Interessierte ins politische Berlin auf Einladung von Martina Renner. Infos und Anmeldung unter 03601/8865608

## Impressum & Kontakt

Kurier wird herausgegeben von DIE LINKE. Kreisverband Unstrut-Hainichreis, Hauptmannstr. 1a, 99974 Mühlhausen, Tel. 03601 - 816921, E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-uh.de, Redaktion: Steffen Thormann, Kai Budler, Frank Wilhelm, Cordula Eger (V.i.S.d.P.), Layout: Dirk Anhalt, Auflage 1.000 Stück